

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/018/2012
Datum	Donnerstag, 08.03.2012
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	11:30 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzende

Bittner, Ursula

Vertretung für Herrn Josef Mederer

Ausschussmitglieder

Ammer, Andreas
 Broschei, Hiltrud
 Eichiner, Reinhard
 Geiger, Rudolf
 Heigl, Marianne
 Hügenell, Helga
 Loy, Josef
 Neubauer, Martina
 Rippel, Dieter
 Schwab, Harald
 Waldmann, Ruth
 Weiß, Ilse

Sachverständige

Bauer, Günther Dr.
 Habel, Fritz
 Hanslmeier-Prockl, Gertrud Dr.
 Orlich, Ralf Dr.
 Schindele, Wolfgang
 Schmied, Robert Dr.
 Schroll, Dieter
 Selensky, Peter
 Stein, Petra
 Stubican, Davor
 Urek, Michael

Vertretung für Frau Hannegret Neuwinger
 Vertretung für Herrn Bernhard Freitag

Vertretung für Herrn Johannes Schärfl
 Vertretung für Frau Karin Majewski

Verwaltung

Brinckmann, Ernst
 Bruckmann, Wolfgang Dr.
 Büllesbach, Susanne
 Filesch, Zoltan
 Getzlaff, Stefan
 Heffner, Albert
 Lange, Bettina
 Paster, Friederike

Renner, Helen
Schempp, Jürgen
Schneider, Peter
Thaler, Josef
Tobolar-Karg, Marga

Sonstige

Jenkner, Beate

Protokollführerin

Albrecht, Sofie

Entschuldigt

Vorsitzender

Mederer, Josef

Sachverständige

Freitag, Bernhard
Fürst, Erika
Majewski, Karin
Neuwinger, Hannegret
Schärfl, Johannes
Seuß, Christian
Straub, Eva
Strauch, Rainer
Utz, Oswald

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Vorstellung "TEILHABE und TEILGABE, Menschen mit Hörbehinderung in Oberbayern, Ein- und Ausblicke"
TOP 3	Darstellung der ambulant-komplementären Versorgung von Menschen mit Behinderung in Oberbayern
TOP 4	Erweiterung von Projekten zur Unterstützung der Teilhabe gehörloser Menschen am Leben in der Gemeinschaft (Antrag des Gehörlosenvereins Ingolstadt)
TOP 5	Projekt Nr. 14 des Gremiums GSV - "Steuerungsmechanismen": Durchführung von Modellvorhaben
TOP 6	Verhandlungsmanagement - Zwischenstand mündlicher Sachvortrag
TOP 7	Bekanntgabe von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen nach Wegfall der Gründe für die Geheimhaltung
TOP 8	Dringliche Anordnung des Bezirkstagspräsidenten Nr. 06/2011
TOP 9	Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Aktionsplans für den Bezirk Oberbayern
TOP 10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
TOP 11	Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema "Persönliches Budget"
TOP 12	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Herr BR Rippel weist darauf hin, dass das Protokoll der letzten Sitzung nicht im RIS hinterlegt ist und dass Frau BRin Heigl schon vor einer Woche darauf hingewiesen hat. Er bittet, das Protokoll zukünftig rechtzeitig einzustellen und mit der Einladung zu versenden.

Herr Schroll weist darauf hin, dass er bei der letzten Sitzung anwesend war. Im Protokoll steht er allerdings als entschuldigt. Er bittet, dies abzuändern.

	Das Protokoll der letzten Sitzung wird nicht genehmigt, da es nicht zur Durchsicht vorlag. Es soll bei der nächsten Sitzung genehmigt werden.	
	abgelehnt	Ja 0 Nein 13

TOP 2 Vorstellung "TEILHABE und TEILGABE, Menschen mit Hörbehinderung in Oberbayern, Ein- und Ausblicke"

Entsprechend dem Auftrag des Sozialausschuss vom 20.11.2008 wird das Manuskript zur „Teilhabe und Teilgabe von Menschen mit einer Hörbehinderung“ vorgestellt, das gemeinsam mit Vertretern der Trägerverbände, der Selbsthilfe, der Einrichtungsvertreter und der Bezirksverwaltung erstellt wurde. Es zielt darauf ab, ein gemeinsames Verständnis von Gehörlosigkeit und Hörbehinderung, Taubblindheit und Hörsehbehinderung zu schaffen, gibt Informationen zum Cochlea-Implantat (CI) und zu den Themenbereichen Kommunikationsformen und Kommunikationshilfen. Anschließend werden die Leistungsangebote zur Teilhabe von Menschen mit Hörbehinderung sowie die Schnittstellen zu anderen Leistungsbereichen dargestellt. In den beiden weiteren Kapiteln werden die Forderungen der Verbände zu Leistungen und zu Entwicklungen formuliert sowie darauf folgend die Position der Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern zu den o. g. Forderungsbereichen beschrieben.

Als planerische Perspektive strebt die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern in jeder Planungsregion Oberbayerns (10, 14, 17, 18) die Implementierung eines Regionalzentrums für Menschen mit Hörbehinderung, befristet für 3 Jahre ab Umsetzung an. Die Regionalzentren sollen niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit unterschiedlichen Hörschädigungen sein, wie beispielsweise Gehörlosigkeit, Schwerhörigkeit, späte Ertaubung, aber auch für Träger von Cochlea-Implantate (CI), Hörgeschädigte mit Mehrfachbehinderung (psychische Erkrankung, geistige bzw. Lernbehinderung) und deren soziales Umfeld (Angehörige, Kontaktpersonen), taubblinde/hörsehbehinderte Menschen und Tinnitus-Betroffene mit Hörbehinderung. Voraussetzung für die Implementierung der Regionalzentren ist die gemeinsame Finanzierung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und ein Fein- und Umsetzungskonzept sowie ein Evaluationskonzept, dass gemeinsam mit den bestehenden Leistungsanbietern zu erarbeiten ist, basierend auf der aktuellen Förderrichtlinie der Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit.

Diese Position wird auch durch den Beschluss des Hauptausschusses des Verbandes der bayerischen Bezirke vom 01.03.2012 unterstützt, in dem er sich gegen eine gemeinsame bayernweite Finanzierung für das auf Landesebene geplante Modellprojekt für neue Beratungsstellen für Menschen mit Hörbehinderung, welches grundsätzlich positiv bewertet wurde, aussprach und an die Bezirke Schwaben, Oberbayern und Unterfranken zurück verwies.

Von Herrn Bezirksrat Loy wurde angeregt, im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines detaillierten Umsetzungskonzepts noch einmal über die Bezeichnung Regionalzentren „Hören“ zu diskutieren, da die Gefahr einer Stigmatisierung in dem Begriff enthalten sei. Der Beschlussvorschlag wird wie folgt abgeändert:

	a) Das von der Arbeitsgruppe zur Teilhabe von Menschen mit Hörbehinderung verfasste Papier „Teilhabe und Teilgabe, Menschen mit Hörbehinderung in Oberbayern, Ein- und Ausblicke“ wird vom Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen. b) Vorbehaltlich der gemeinsamen Förderung durch das Bay. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen beauftragt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Bezirksverwaltung mit der Vorbereitung zur Bildung von Regionalzentren „Hören“ in den vier Regionen (10, 14, 17 und 18) Oberbayerns im Rahmen der überregionalen Offenen Behindertenarbeit, die dreijährig erprobt werden sollen. Sollte es im Rahmen des bayernweiten Diskussionsprozesses zu einer bayernweit finanzierten Installierung eines Modellprojekts in der Landeshauptstadt München kommen, wird (solange) von einem Regionalzentrum in der Region 14 Abstand genommen. c) Die Sozialverwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.10.2012 ein detailliertes Konzept zur probeweisen Umsetzung der Regionalzentren Hören in Kooperation mit bereits bestehenden Strukturen als Aspekt im Rahmen der Gesamtsozialplanung des Bezirks Oberbayern für Menschen mit Behinderung vorzunehmen. d) Des Weiteren wird die Sozialverwaltung beauftragt, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss ein Konzept zur Evaluierung der Regionalzentren „Hören“ bis Jahresende vorzulegen.
	angenommen Ja 13 Nein 0

TOP 3 Darstellung der ambulant-komplementären Versorgung von Menschen mit Behinderung in Oberbayern

Die geplante Darstellung der ambulant-komplementären Versorgung von Menschen mit Behinderung in Oberbayern wurde einstimmig auf die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vertagt. Zur Vorbereitung der Darstellung sollen die landkreisbezogenen Informationen und Karten nicht nur als Tischvorlage bzw. in einer Präsentation den Bezirksrätinnen und Bezirksräten präsentiert werden, sondern vorab zur Vorbereitung zugesandt und ins Ratsinformationssystem gestellt werden.

	Die Darstellung der ambulant-komplementären Versorgung von Menschen mit Behinderung in Oberbayern wird auf die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vertagt.
	zurückgestellt Ja 13 Nein 0

TOP 4 Erweiterung von Projekten zur Unterstützung der Teilhabe gehörloser Menschen am Leben in der Gemeinschaft (Antrag des Gehörlosenvereins Ingolstadt)

Herr Filesch berichtete, dass das Sozialministerium bereit sei, bei einer Ablehnung der Mitfinanzierung von 25 % der Planstelle des Gehörlosenvereins Ingolstadt vollständig zu übernehmen, obwohl es eine Mitzuständigkeit des Bezirks Oberbayern an sich sehe.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern lehnt die Finanzierung einer 0,25 Planstelle des Gehörlosenzentrums in Ingolstadt in der Trägerschaft des Gehörlosenvereins Ingolstadt und Umgebung mit Sportabteilung e.V. zur Betreuung der Mitglieder und der Selbsthilfeorganisationen in Ingolstadt und der Region über die bereits stattfindende anteilmäßige Finanzierung der laufenden Betriebskosten hinaus ab, um Doppelstrukturen im Beratungsbereich für Menschen mit Hörbehinderung in der Region 10 nicht weiter voranzutreiben. Eine Kooperation von BLWG und GIVIUS in Ingolstadt beim Betrieb eines Regionalzentrums „Hören“ würde begrüßt. angenommen wie Vorschlag Ja 13 Nein 0
--	---

TOP 5 **Projekt Nr. 14 des Gremiums GSV - "Steuerungsmechanismen": Durchführung von Modellvorhaben**

Herr Kumetz berichtet aus dem Projekt Nr. 14 des Gremium GSV zur Entwicklung von Steuerungsmechanismen an der Schnittstelle ambulanter und stationärer Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Im Projekt sei geplant, u. a. durch die Durchführung von Modellvorhaben solcher Steuerungsmechanismen auszuprobieren und zu evaluieren. Der angestrebte Beschluss durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss würde die Sozialverwaltung befähigen, ohne erneute Sozial- und Gesundheitsausschussbeschlüsse zügig und ohne Zeitverlust nach Ausschreibung und Zuschlagerteilung durch die Projektsteuerungsgruppe solche Modellvorhaben zu vereinbaren.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt: Die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern wird ermächtigt, im Rahmen des Projekts Nr. 14 des Gremiums GSV zur Entwicklung von Steuerungsmechanismen an der Schnittstelle ambulanter und stationärer Angebot für Menschen mit Behinderungen einzelne, nicht flächendeckende Vorhaben zu vereinbaren, um deren Geeignetheit zur Zielerreichung des Projekts testen zu können. Die sich hieraus ergebenden Kosten sind aus den bereits zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln der Eingliederungshilfe zu entnehmen. angenommen wie Vorschlag Ja 13 Nein 0
--	---

TOP 6 **Verhandlungsmanagement - Zwischenstand mündlicher Sachvortrag**

Herr Kumetz berichtete darüber, dass ein Entwurfspapier der Sozialverwaltung zum Verhandlungsmanagement mit im Wesentlichen externen Aspekten nun Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und des bpa vorlägen. In der letzten Sitzung der AG BEK sei eine Verständigung erfolgt, dass die Frage des Handelns zwischen dem Bezirk Oberbayern und den Verbänden und des strukturellen Rahmens hierfür weitestgehend gemeinsam beantwortet werden wolle. Es sei jedoch absehbar, dass es zu bestimmten Aspekten voraussichtlich keine Einigung geben würde. Nach der hierzu erforderlichen Behandlung des Verhandlungsmanagements in der AG BEK werde das Konzept dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgestellt und darin auch auf ggf. noch bestehende Differenzen zwischen der Sozialverwaltung und den Einrichtungsträgern hingewiesen.

	Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses nehmen die Ausführun-
--	--

	gen zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 7 Bekanntgabe von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen nach Wegfall der Gründe für die Geheimhaltung

Beschlüsse, die in den Bezirksgremien in nichtöffentlicher Sitzung gefasst werden, sind gemäß Art. 43 Abs. 3 der Bezirksordnung und § 20 Abs. 4 Satz 2 der Geschäftsordnung nach Wegfall der Gründe für die Geheimhaltung bekannt zu geben. In den nichtöffentlichen Beschlüssen werden künftig der Zeitpunkt oder die Umstände festgelegt, wann die Gründe für die Geheimhaltung wegfallen. Die Bekanntgabe erfolgt entsprechend der Geschäftsordnung in der öffentlichen Sitzung, die auf den Wegfall der Gründe für die Geheimhaltung folgt.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 8 Dringliche Anordnung des Bezirkstagspräsidenten Nr. 06/2011

	Die dringliche Anordnung des Bezirkstagspräsidenten Nr. 06/2011 wird zur Kenntnis genommen.
	zur Kenntnis genommen

TOP 9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Aktionsplans für den Bezirk Oberbayern

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Aktionsplans für den Bezirk Oberbayern vor dem Hintergrund des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) wurde diskutiert. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang über den Stand der derzeit bereits laufenden Aktivitäten im Bezirk insgesamt und insbesondere im Bereich der sozialen Hilfen sowie im Bereich der Sozialplanung und des Sozialberichts, dessen Vorlage in den Gremien Ende 2012 erfolgen soll, informiert.

Der Beschlussvorschlag wird erweitert um den Punkt d).

	Es werden folgende Beschlüsse gefasst:
	a) Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen zur Erstellung des zweiten Sozialberichts im Rahmen der Gesamtsozialplanung sowie zu den sonstigen Bemühungen des Bezirks um Inklusion vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-BRK zur Kenntnis.
	b) Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt einer zeitlich und inhaltlich gegliederten Vorgehensweise der unterschiedlichen Bereiche des Bezirks Oberbayern bei der Erstellung von Konzepten zur UN-BRK und daraus folgend auch zur Inklusion zu.
	c) Der Antrag, im Laufe des Jahres 2012 einen Aktionsplan zu erarbeiten und fertig zu stellen, wird vor diesem Hintergrund und aus den angeführten Grün-

	den abgelehnt. d) Nach Erstellung des Sozialberichts werden die Aspekte rund um das Thema Inklusion konzeptionell weiterentwickelt.	
	angenommen	Ja 13 Nein 0

TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung

Zu dem im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellten Fragen hinsichtlich Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung beim Bezirk Oberbayern mit aufgeführt:

Am 01.01.2012 sind in der Bezirksverwaltung insgesamt 86 Menschen mit Behinderung beschäftigt. Für das Jahr 2010 hat der Bezirk Oberbayern keine Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX geleistet, weil die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Schwerbehinderten bzw. schwerbehinderten Menschen Gleichgestellten erfüllt worden ist. Die Meldung an die Agentur für Arbeit zur Berechnung der Beschäftigungspflicht für das Jahr 2011 ist noch nicht erfolgt, da noch nicht die Daten aus allen Einrichtungen vollständig vorliegen und die Ausgleichsabgabe auf der Grundlage der Daten des gesamten Bezirks Oberbayern und nicht einzeln nur für die Bezirksverwaltung errechnet werden. Es werde jedoch erwartet, dass auch für das Jahr 2011 die Beschäftigungspflicht erfüllt wird und daher keine Ausgleichsabgabe geleistet werden muss. Allein für die Bezirksverwaltung wäre bei der Berechnung der Beschäftigungspflicht einzeln für das Jahr 2011 die Beschäftigungspflicht auf jedenfall erfüllt.

Hinsichtlich der Beantwortung der Fragen zu Arbeitsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung bei den Verbänden und ihren angehörigen Einrichtungen kann Seitens des Bezirks Oberbayern keine Aussage mangels vorliegender Zahlen erfolgen. Herr Schindele führte als Sprecher der ARGE freie aus, dass auch die Übermittlung der Zahlen durch die Verbände schwierig zu gestalten sei, da die einzelnen Einrichtungen eigenständig ihre Zahlen an die Agentur für Arbeit übermitteln würden. Er verwies jedoch darauf hin, dass bei der Regierung von Oberbayern diese Zahlen vorliegen müssten und dort abgefragt werden könnten.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt: Es wird festgestellt, dass die von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Antrag vom 05.12.2011 gestellten Fragen zu Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Bezirksverwaltung durch die Information im Sachverhalt hinreichend beantwortet sind. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt jedoch, falls die Verbände und die von ihr bezuschussten Einrichtungen von sich aus die gewünschten Informationen offen legen.	
	angenommen wie Vorschlag	Ja 13 Nein 0

TOP 11 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema "Persönliches Budget"

Herr Schempp beantwortet die Anfrage mündlich wie folgt:

Frage 1: In der Regel dauert die Bewilligung bei Neuanträgen ca. zwei Monate von der Antragstellung bis zur Bescheiderteilung. Über Verlängerungsanträge bereits genehmigter Budgets nach Ablauf eines Zielvereinbarungszeitraumes wird innerhalb kürzerer Zeit entschieden.

Frage 2: In ca. 30% der Fälle dauert die Bewilligung länger als zwei Monate. Eine Dauer über vier Monate ergibt sich nur in Einzelfällen.

Frage 3: Fälle, in denen die Bewilligung länger als zwei Jahre dauerte, sind nicht bekannt.

Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung ergeben sich durch unvollständige Angaben und Unterlagen sowie durch hohen Beratungsaufwand aufgrund undifferenzierter Antragstellung und Unkenntnis der Antragsteller über die Eigenverantwortung bei Inanspruchnahme eines Budgets. In der Bezirksverwaltung ist eine ausreichende Anzahl von Stellen vorhanden, um eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf ein Persönliches Budgets zu gewährleisten.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
--	---

TOP 12 Bekanntgaben und Sonstiges

- Frau Bittner verwies auf die Stellungnahme von Frau Haderthauer zur Resolution des Bezirks Oberbayern zur Pflegereform.
- Frau Bezirksrätin Waldmann fragte hinsichtlich der offenen Fragen zwischen der Sozialverwaltung und den Einrichtungen bei den S-HPTen an. Herr Kumetz berichtet, dass am Montag, den 12.03.2012 eine Besprechung zwischen Herrn BTP Mederer und Herrn Kumetz diesbezüglich stattfinde.
- Des Weiteren wies Herr Bezirksrat Rippel unter dem Tagesordnungspunkt sonstiges auf das Gremium GSV-Projekt „Prävention von Gewalt in Einrichtungen - Best Practice“ und die Auftaktveranstaltung hin.
- Auf Nachfrage erläuterte Herr Kumetz, dass im Landkreis Weilheim-Schongau nun unter Geschäftsführung des Landratsamtes/Gesundheitsamt ein Teilhaberat als Konsequenz aus dem Projekt zur örtlichen Teilhabeplanung einberufen werde. Der Bezirk Oberbayern würde sich durch Frau Simba dort beteiligen.
- Abschließend berichtete Frau Renner zum aktuellen Stand beim Gesamtplanverfahren im S-Bereich mit der Auswertung/Evaluation durch Transfer und die Einführung im G/K-Bereich zum 01.07.2012.

Aktueller Sachstandsbericht Gesamtplan seelisch /psychischer Bereich :

Die Vollerhebung für die Evaluation der bayerischen Bezirke im Rahmen des Gesamtplanverfahrens im seelisch/psychischen Bereich wurde zum 31.12.2010 beendet und am 02.03.2012 haben wir den endgültigen Abschlußbericht für alle 7 Bezirke und Bayern vom Verband erhalten.

Der Abschlussbericht wird in Kürze allen zur Verfügung gestellt werden.

In dem Bericht ist eine Reihe von Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Gesamtplanverfahrens enthalten.

Der Unterausschuss vom 8.11./9.11.2011 hat die Arbeitsgruppe Gesamtplanverfahren beim Verband gebeten die Empfehlungen zu bewerten und ggf. eine Weiterentwicklung vorzubereiten.

Dies hat die AG bereits in ihrer Sitzung am 26.01.2012 erledigt.

Eine entsprechende Stellungnahme ist in Vorbereitung.

Aktueller Sachstand Gesamtplan geistig/körperlicher Bereich:

Am 21.10.2011 wurde im Hauptausschuss die Implementierung des Gesamtplanverfahrens für Leistungen für Erwachsene mit geistigen/körperlichen Behinderungen und Leistungen für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten zum 01.07.2012 beschlossen.

Mit Ende 2011 war die Modellphase damit offiziell beendet.

Es wurde ein Implementierungskonzept auf Ebene des Verbandes der bayerischen Bezirke erarbeitet.

Jeder Bezirk hat für sich einen individuellen Zeitplan erstellt. Dieser ist auch auf der Homepage hinterlegt.

Die ersten Informationsveranstaltungen für die Leitungsebenen haben bereits stattgefunden.

15.02.12 ca. 45 Teilnehmer

29.02.12 ca. 80 Teilnehmer

Für die Anwender sind 12 halbtägige Anwenderworkshops geplant. 6 hier im Haus, 2 in der Herzogsägmühle, 2 in Ingolstadt, 2 in Traunstein

Die Einladungen werden diese Woche verschickt.

Parallel finden auch für die Bezirksmitarbeiter entsprechende Schulungen statt.

Die genauen Termine können dem Zeitplan entnommen werden.

Alle aktuellen Unterlagen befinden sich derzeit auf der Homepage des Verbandes der bayerischen Bezirke www.bay-bezirke.de (unter Aufgaben-Soziales-Gesamtplan) und werden aber rechtzeitig vor dem 01.07.2012 auch auf unserer eigenen Homepage zur Verfügung gestellt werden.

Extra hingewiesen wird hier auch noch auf das Antwortforum auf der Verbandsseite, dass auf viele Fragen bereits eine Antwort enthält.

zur Kenntnis genommen

Um 11:30 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Sofie Albrecht
Protokollführerin